

Zur Inneren Sicherheit



©DHPol

Uwe Marquardt, amtierender Präsident der DHPol

Münster im Februar 2026

Innere Sicherheit als Teil der Gesamtverteidigung – Führung, Technologie und Wissenschaft im Zeitalter hybrider Bedrohungen

Die sicherheitspolitische Lage in Europa hat sich nachhaltig verändert. Hybride Bedrohungen zeigen sich tagtäglich in der Ukraine und prägen zunehmend das strategische Umfeld staatlichen Handelns auch im restlichen Europa. Sie bewegen sich hier unterhalb der klassischen Kriegsschwelle, wirken aber gezielt auf Verwundbarkeiten offener Gesellschaften. Angriffe auf kritische Infrastrukturen, Desinformation, Cyberoperationen, wirtschaftlicher Druck oder die bewusste Instrumentalisierung gesellschaftlicher Polarisierung verfolgen ein gemeinsames Ziel: die Schwächung staatlicher Handlungsfähigkeit und des Vertrauens in demokratische Institutionen. Innere Sicherheit ist damit integraler Bestandteil moderner Gesamtverteidigung.

Für die Polizei bedeutet dies eine notwendige strukturelle Erweiterung ihres strategischen Denkens. Führung unter hybriden Bedingungen verlangt weiterhin Lagekompetenz, Entscheidungsfähigkeit unter Unsicherheit und nun auch zunehmend die ressortübergreifende Kooperationsfähigkeit. Nationale Zuständigkeiten bleiben rechtlich klar definiert, faktisch aber sind sicherheitsrelevante Entwicklungen grenzüberschreitend. Daraus folgt zwingend: Die Vorbereitung des Führungskräftenachwuchses darf nicht mehr primär nur national gedacht werden.

Die Deutsche Hochschule der Polizei versteht es verstärkt als ihre Aufgabe, den Führungskräftenachwuchs aller europäischen Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben intensiver zu vernetzen. Gemeinsame Ausbildungsformate, vergleichbare Führungsgrundsätze und belastbare persönliche Netzwerke schaffen die Grundlage für interoperables Handeln in komplexen Lagen. Europäische innere Sicherheit ist kein Zusatz, sondern Voraussetzung wirksamer Resilienz im Rahmen einer gesamtstaatlichen Sicherheitsarchitektur.

Parallel dazu verändern sich die technologischen Rahmenbedingungen polizeilichen Handelns in immer kürzeren Innovationszyklen. Digitalisierung, Künstliche Intelligenz, automatisierte Datenanalyse und neue Einsatzmittel eröffnen erhebliche Potenziale. Zugleich stellen sie hohe Anforderungen an Rechtssicherheit, Transparenz und Akzeptanz. Die Polizeiforschung insgesamt und das Polizeitechnische Institut der DHPol (PTI) im Speziellen übernehmen hierbei eine richtungweisende Rolle. Das PTI definiert Standards, bewertet Innovationen und setzt Impulse für notwendige Fort- und Neuentwicklungen. Technologische Souveränität bedeutet, Innovation nicht nur zu nutzen, sondern sie

strategisch, rechtlich fundiert und verantwortungsvoll zu gestalten.

Wissenschaft ist dabei die kritische Freundin der polizeilichen Praxis. Sie reflektiert Annahmen, identifiziert Zielkonflikte und überprüft Wirksamkeit. Diese analytische Begleitung stärkt Professionalität und Legitimität staatlichen Handelns. Gerade im Umgang mit hybriden Bedrohungen ist es entscheidend, operative Handlungsfähigkeit und rechtsstaatliche Bindung dauerhaft miteinander zu verbinden.

Führung, Technik und Wissenschaft bilden somit eine untrennbare Trias moderner innerer Sicherheit. Gesamtverteidigung im Inneren ist keine Ausnahme, sondern Daueraufgabe eines lernenden und wehrhaften Rechtsstaates. Die Fachzeitschrift pvt und die Fachmesse GPEC® verstehen sich als Foren dieses Dialogs zwischen Praxis, Wissenschaft, Politik und Industrie. Sicherheit entsteht nicht durch isolierte Maßnahmen, sondern durch vernetztes Denken, gemeinsame Standards und strategische Weitsicht, die ihre Umsetzung in der Praxis finden.

Mit dem 1. März 2026 übernahm LPD Günther Epple als amtierender Präsident die Leitung der Deutschen Hochschule der Polizei (DHPol).